

Stefan Schoppengerd

---

## Die G7/G8-Gipfel in der internationalen politischen Ökonomie. Das Beispiel Währungs- und Finanzpolitik

G8-Gipfel sind Großereignisse und das in mehrfacher Hinsicht: Als Treffen der Staats- und Regierungschefs der „Sieben wichtigsten Industrienationen und Russlands“ sind sie wie kaum ein anderer Termin oder eine andere internationale Institution ein frappierendes Symbol für die Verteilung von ökonomischer Macht und militärischer Stärke in der gegenwärtigen Weltordnung. Mit dem gigantischen Aufwand der Sicherheitsbehörden, den störungsfreien Ablauf der Gipfel zu gewährleisten – wie zuletzt unter anderem mit dem 12 km langen Zaun um das kleine Dorf Heiligendamm – stehen sie auch dafür, dass die neoliberale und neoimperiale Globalisierung umkämpft ist. Sie bilden somit einen Bezugspunkt der Bewegung für eine andere Globalisierung und dienen zugleich der spektrenübergreifenden und transnationalen Vernetzung sozialer Bewegungen.

Obwohl die jährlichen Gipfeltreffen samt ihrer medialen Inszenierung für den Zusammenhang der „Gruppe der Acht“ zentral sind, verbirgt sich hinter dem Kürzel G8 weit mehr als ein Wochenendtermin im Kalender einiger Staatsmänner (und manchmal: -frauen). Der folgende Text soll zum Blick hinter die Kulissen beitragen: In ersten Teil werden Entstehung und Entwicklung von G7 und G8 skizziert. Struktur, Arbeitsweise und Bedeutung dieses Systems werden dann am Beispiel der Währungs- und Finanzpolitik dargestellt. An diesem Politikbereich, der zu den Kernthemen der G7/G8 zählt und in dem die Vernetzungsstrukturen innerhalb der Gruppe besonders ausgeprägt sind, lässt sich exemplarisch verdeutlichen, wie die G7/G8 zwar als Ausdruck einer Krise der US-Hegemonie in der internationalen politischen Ökonomie entstanden ist, sich dann aber als Medium ihrer Reorganisation erweisen sollte. Zugleich lassen sich an aktuellen Entwicklungen der globalen Währungs- und Finanzpolitik die Grenzen der Handlungsfähigkeit der Gruppe ablesen.

### 1. Vom ersten Weltwirtschaftsgipfel zum G7/G8-System

Die Geschichte der „Weltwirtschaftsgipfel“ beginnt mit einem Treffen der Staats- und Regierungschefs der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands, Italiens und Japans im November 1975. Obwohl dies ursprünglich nicht be-

absichtigt war, ging aus diesem Treffen binnen weniger Jahre der jährliche G7-Gipfel hervor. Bereits beim zweiten Treffen wurde auf Initiative der USA das siebte Mitglied Kanada hinzugezogen, 1978 erhielt die EG einen festen Platz in der Runde. Diese Zusammensetzung der Gruppe blieb erhalten, bis Russland schrittweise integriert und die G7 1998 schließlich offiziell zur G8 wurde.

Es ist kein Zufall, dass die „Gruppe der Sieben“ in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre entstanden ist. Die Bildung der G7 war zunächst Ausdruck einer Krise der Weltordnung der Nachkriegszeit; erst in den 1980er Jahren fand die Gruppe zu ihrer zentralen Rolle in der neoliberalen Globalisierungsoffensive. Zwar schien sich die Blockkonfrontation zwischen Ost und West in der Phase der Entspannungspolitik zu konsolidieren, die Beziehungen zwischen den bedeutendsten kapitalistischen Mächten aber waren tief greifenden Veränderungen unterworfen. Die G7 ist als Reaktion auf diese Krisen und Machtverschiebungen entstanden.

Der wichtigste strukturelle Umbruch in der internationalen politischen Ökonomie war der Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse 1973. Mit dem Abkommen von Bretton Woods (1944) wurden die bedeutendsten Währungen an den US-Dollar gebunden. Damit wurde die US-Währung – als Nachfolgerin des britischen Pfundes – formal zur globalen Leitwährung gemacht. Die amerikanische Regierung garantierte ihrerseits die Stabilität des Dollars durch ihre Goldreserven (Helleiner 1994: 34ff.). Als stabilisierende Institution wurde der Internationale Währungsfonds (IWF) gegründet, der die Aufgabe hatte, Zahlungsbilanzprobleme beteiligter Länder auszugleichen. Zusätzlich wurden nationale Kapitalverkehrskontrollen eingeführt, die den Zu- und Abfluss von Kapital regulieren sollten. Die im Bereich des Welthandels mit dem General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) eingeleitete Liberalisierungsdynamik war also bewusst nicht auf das Währungssystem und die Finanzmärkte übertragen worden; diese sollten vielmehr einen stabilen Rahmen für die wirtschaftliche Entwicklung bilden und die Freihandelsordnung stützen. Diese Konstellation wird deshalb auch als *embedded liberalism* bezeichnet (Ruggie 1982).

Die Einhegungen des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs waren, ermöglicht durch die Einrichtung der „Eurodollarmärkte“<sup>1</sup>, bereits seit den 1960er Jahren zunehmend unterlaufen worden. Vor allem die gewaltige Aufstockung

---

1 „Euromärkte“ im Allgemeinen sind Märkte, auf denen Vermögenswerte in Fremdwährungen gehandelt werden und die folglich nicht der nationalstaatlichen Regulierung unterworfen sind – so können etwa Mindestreservevorschriften oder Obergrenzen für Zinssätze umgangen werden. Eurodollarmärkte entstanden zunächst aus dem Interesse der Sowjetunion und der Volksrepublik China, ihre Dollargewinne aus Ölgeschäften nicht in den USA anzulegen. Die Einrichtung solcher Märkte in Großbritannien folgte wiederum dem Interesse der britischen Regierung, den Finanzplatz London zu stärken. Ausgelöst durch die Einführung neuer Regularien für den US-amerikanischen Finanzsektor, floss ab 1963 vor allem Kapital aus den USA nach London und umging so die bestehenden Vorschriften (Beckmann 2007: 33).

des Militärhaushaltes der USA im Zuge des Vietnamkrieges ließ die Stabilitätsgarantien der US-Regierung zu Beginn des folgenden Jahrzehnts unglaublich werden. 1971 kündigten die USA die Golddeckung ihrer Währung auf; 1973 schließlich wurde der Übergang von politisch festgelegten zu frei schwankenden Wechselkursen beschlossen.

Rückblickend betrachtet setzte mit diesem Schritt der Formierungsprozess der späteren G7 ein. Die Abschaffung der Bretton-Woods-Ordnung hatte gegen den Willen der westeuropäischen und japanischen Regierungen stattgefunden. Diese waren zunächst noch darum bemüht, den globalen Währungsmarkt zu re-regulieren. Als Diskussionsforum für Fragen der weltweiten Währungspolitik wurden geheime Treffen der Finanzminister Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs, der USA und Japans etabliert – die so genannte „Library Group“<sup>2</sup>. „Die Fünfer-Gruppe zeichnete sich sowohl durch ihre Begrenzung als auch durch ihren Einfluß aus. Ihre Mitglieder repräsentierten über 75 Prozent des gesamten BSP der OECD und etwa 45 Prozent der IWF-Quoten“ (Putnam/Bayne 1985: 23). Dass dieses exklusive Gremium zur Keimzelle der Weltwirtschaftsgipfel wurde, ist nicht zuletzt das Verdienst von Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. Beide wurden 1974 vom Finanzminister zum Regierungschef ihres Landes und trieben die Einberufung des ersten Gipfeltreffens im November 1975 voran. Dabei ging es ihnen unter anderem darum, das Modell der „Library Group“ auf die Ebene der Staats- und Regierungschefs zu übertragen (de Menil/Solomon 1983: 87; Hellmann 1982: 12ff.) – das betrifft sowohl den exklusiven Charakter der Treffen wie ihre Funktion, nämlich einen informellen Ersatzmechanismus für die Steuerung des Währungssystems zu schaffen (Wahl 2006: 19).

Die USA waren zwar nach wie vor die Führungsmacht des westlichen Lagers, dennoch fand die Einrichtung eines neuen multilateralen Gremiums ihre Unterstützung. Insbesondere das weltwirtschaftliche Gewicht Deutschlands und Japans hatte deutlich zugenommen. Die US-Wirtschaft der Nachkriegszeit war zu ihrer weiteren Entwicklung paradoxerweise auf die Stärkung der eigenen Konkurrenz angewiesen. Sowohl multinational agierende US-Unternehmen als auch die heimische Exportwirtschaft bedurften wachsender Märkte in Übersee. Das beschleunigte Wachstum in Deutschland und Japan führte zur Entstehung von Überkapazitäten auf dem Weltmarkt und zum Rückgang der Profitabilität. Dieser Rückgang war am deutlichsten in den USA, wo die Profitrate der verarbeitenden Industrie zwischen 1965 und 1973 um 43,5% fiel, ließ aber auch die anderen Volkswirtschaften nicht unberührt – in den G7-Volkswirtschaften sank die Profitrate des verarbeitenden Gewerbes um durchschnittlich

---

2 Das erste Treffen dieser Runde fand in der Bibliothek des Weißen Hauses, daher der Name. Japan war bei dieser ersten Zusammenkunft noch nicht vertreten, wurde aber kurze Zeit später hinzugezogen.

25% (Brenner 2002: 50f.). Mit der Ölkrise 1974 wurde diese fragile Konstellation zu einer manifesten Wirtschaftskrise. Waren vergleichbare Preiserhöhungen von Öl und Rohstoffen in den frühen 1950er Jahren leicht aufgefangen und verarbeitet worden, war das verarbeitende Gewerbe nun deutlich krisenanfälliger: „Angesichts reduzierter Durchschnittsprofitratn bewegte sich eine wachsende Zahl von Unternehmen am Rande des Bankrotts und war daher durch jede Art von Schocks verwundbar. Größere Preissprünge des Öls konnten daher 1974-1975 und dann wieder 1979-80 ernsthafte Rezessionen lostreten.“ (Brenner 2002: 67 f.) Auf der Agenda der G7 finden sich die wichtigen Probleme aus Sicht der beteiligten Regierungen wieder: Währungs- und Finanzpolitik und „Energiesicherheit“ waren nicht nur bestimmende Themen des ersten Gipfels 1975, sie ziehen sich bis in die Gegenwart wie ein roter Faden durch die Geschichte von G7 und G8. Die deutsche und französische Initiative, diese Themen unter Umgehung bestehender Institutionen in einem informellen, multilateralen Rahmen zu bearbeiten, traf nicht nur auf die Unterstützung der anderen Regierungen, sondern wurde auch von transnational orientierten Kapitalfraktionen begrüßt und vorangetrieben. Hier hat vor allem die 1973 ins Leben gerufene Trilaterale Kommission (TK) eine wichtige Rolle gespielt. Gründungsgedanke der TK war es, die Eliten aus der kapitalistischen „Triade“ USA, Europa und Japan zu vernetzen und durch Diskussion der neuen „globalen Interdependenzen“ zur gemeinsamen Strategieentwicklung beizutragen. Das Gremium aus Wissenschaftlern, Journalisten, Politikern und Vertretern transnationaler Konzerne – „organischen Intellektuellen des transnationalen Kapitals“ (Gill 1990) – hatte bis Anfang der 1980er Jahre erheblichen Einfluss auf die Agenda der Weltwirtschaftsgipfel.

Zu den genannten Veränderungen und Krisen, die die westlich-kapitalistischen Länder und ihre Beziehungen betrafen, kam die politische Herausforderung der bestehenden Weltwirtschaftsordnung durch die „Gruppe der 77“. Dieser Zusammenschluss von südlichen Ländern versuchte, sich das UN-System zur Durchsetzung einer „Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung“ zu Nutze zu machen. Im Zuge der Befreiung von kolonialer Herrschaft und der Erlangung nationalstaatlicher Souveränität hatten sich die Mehrheitsverhältnisse in der UNO zuungunsten des Nordens verschoben; bereits 1962 hatte die G77 die Gründung der UNCTAD durchsetzen können, die als Interessenvertretung südlicher Länder in Fragen von Handel und Entwicklung konzipiert war. 1974 wurden einzelne Kritikpunkte im Forderungskatalog für eine neue Weltwirtschaftsordnung gebündelt – vorgesehen waren u.a. die Bevorzugung des Südens im Welthandel, Entschädigungen für Kolonialherrschaft und die volle wirtschaftspolitische Souveränität einschließlich des Rechts auf Verstaatlichung (Naini 1977). Demgegenüber schrieb sich die entstehende G7 die Forcierung der Handelsliberalisierung auf die Fahnen. Die Weltwirtschaftsgipfel entwickelten sich zu einem Forum, in dem gemeinsame Interessen der großen Indust-

riestaaten destilliert und gegebenenfalls öffentlich vertreten werden konnten. Die G7 war damit über einen längeren Zeitraum erfolgreich und konnte einerseits die eigene Liberalisierungsagenda voranbringen, andererseits die UNCTAD weitestgehend marginalisieren.<sup>3</sup>

Neben den Veränderungen der globalen Wirtschaft waren die Gipfel von Anfang an auch Fragen der Sicherheitspolitik gewidmet. Die entsprechenden Diskussionen, die vor allem die Ost-West-Beziehungen betrafen, fanden anfangs keinerlei Niederschlag in den Abschlusserklärungen der Treffen. Erst in den beginnenden 1980er Jahren nahmen sie auch offiziell Raum auf der Gipfelagenda ein.<sup>4</sup> Der damit beginnende Prozess der beständigen Ausweitung der Agenda von G7 und G8 setzt sich bis in die Gegenwart fort. Zwar bilden die genannten Politikfelder – Währungs- und Finanzpolitik, globale Energiepolitik, Handelsliberalisierung und Sicherheitspolitik – nach wie vor die zentralen Gegenstandsbereiche der G8, dennoch gibt es kaum ein Thema, dessen sich die Gruppe noch nicht angenommen hätte.

Die Vervielfältigung der Themen geht einher mit einem Prozess der institutionellen Ausdifferenzierung. Zwar ist die G8 nach wie vor informell in dem Sinne, dass es keine rechtsverbindliche Grundlage für Struktur und Handlungsweise gibt. Von der Ursprungsidee des jährlichen Kamingesprächs hat sich die Gruppe allerdings so weit entfernt, dass inzwischen von einem komplexen „G7/G8-System“ (Hajnal 1999) gesprochen werden kann. Die Vorbereitung der Gipfel ist Aufgabe der so genannten Sherpas, einem Netzwerk aus engen Vertrauten der Staats- und Regierungschefs sowie aus hohen Beamten aus den Finanz- und Außenministerien der beteiligten Staaten, das – unter Federführung des jeweils gastgebenden Landes – die Tagesordnung für die Gipfel vorbereitet und Entwürfe der Abschlusskommunikés diskutiert. Vergleichbare Netzwerke gibt es auch ressortspezifisch: Am ausgeprägtesten zwischen den Finanzministerien der G7, den G8-Außenministerien und den für Handelspolitik zuständigen Ministerien. Anlassbezogen finden Abstimmungsprozesse unter den G8-Staaten auf ministerieller und ministerialbürokratischer Ebene zu den verschiedensten Themen statt. Diese Vernetzungsstruktur der nationalen Staatsapparate wird ergänzt durch spezialisierte Arbeitsgruppen, deren Einberufung in der Regel auf Beschlüsse von Gipfeltreffen zurückgeht. Die Gipfel haben im G7/G8-System häufig eine Katalysatorfunktion, insofern viele Treffen auf den unteren Ebenen darauf ausgerichtet sind, zum Gipfeltermin publizierbare Ergebnisse zu produzieren.

---

3 Anlässlich der Gründung der WTO 1994, die maßgeblich von der G7 betrieben worden war, taucht die Entmachtung der UNCTAD erneut auf der G7-Agenda auf: Im Abschlusskommuniké des Gipfels von 1995 wird die UNO zu Reformen aufgefordert – u.a. soll sie „Mandate [...] aktualisieren und schwerpunktmäßig [ausrichten], um Doppelarbeit zu vermeiden“ und „Überschneidungen mit neuen Organisationen, zum Beispiel der UNCTAD mit der WTO“ ausschließen (G7 1995).

4 Zur Sicherheitspolitik von G7 und G8 siehe ausführlicher Schoppengerd (2007: 68-86).

## 2. Zur Währungs- und Finanzpolitik der G7/G8

Anhand der Währungs- und Finanzpolitik lassen sich exemplarisch mehrere Merkmale der G7/G8 verdeutlichen: Die Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Staaten der Gruppe, das Ausmaß an Vernetzung der jeweiligen Staatsapparate, das Verhältnis von G7/G8 zu anderen relevanten internationalen Institutionen (hier: IWF) sowie Entwicklung, Ausmaß und Grenzen ihrer politischen Interventionsfähigkeit.

### *Machtverhältnisse zwischen den G8-Staaten in der Währungspolitik*

Der Übergang zu frei schwankenden Wechselkursen und die fortschreitende Deregulierung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs haben das Volumen internationaler Finanzmarktgeschäfte enorm zunehmen lassen (Huffschmid 2002). Obwohl das quantitative Wachstum und die qualitativen Änderungen der Finanzmärkte Resultat politischer Entscheidungen waren, sind in diesem Prozess auch die Bedingungen für nationalstaatliche Politik grundlegend transformiert worden. Die enorm gesteigerte internationale Mobilität des Finanzkapitals und die ständige Möglichkeit des Kapitalabzugs hat die Schaffung von günstigen Verwertungsbedingungen zum wichtigsten Imperativ der Wirtschaftspolitik werden lassen. Diese Entwicklung wird von Joachim Hirsch als Übergang vom „keynesianischen Wohlfahrtsstaat“ zum „nationalen Wettbewerbsstaat“ beschrieben (Hirsch 2005).

Es wäre freilich verfehlt, von einer gleichmäßigen Unterordnung der Nationalstaaten unter die Anforderungen freier Kapitalmärkte auszugehen. Während die globalen Finanzbeziehungen nach dem Ende des Bretton Woods-Regimes für eine Vielzahl von Ländern eine vertiefte Abhängigkeit und deutliche Einschränkungen von Handlungsspielräumen mit sich bringen, sind einige wenige in der Lage, die neuen Strukturen in ihrem Interesse zu nutzen und als Machtressource einzusetzen.

Hervorzuheben ist die besondere Position der USA. Der US-Dollar fungiert als globale Leitwährung; ein Großteil des weltweiten Handels wird in Dollars abgewickelt. Die Entwicklung des Dollarkurses hat somit für transnationale Unternehmen und die Weltwirtschaft insgesamt eine herausragende Bedeutung. Zugleich ist der US-amerikanische Markt für Wertpapiere neben dem britischen der größte der Welt und aufgrund der damit verbundenen Sicherheiten und der Breite des Angebots für internationale Anleger besonders attraktiv. Diese beiden Elemente wirken wechselseitig verstärkend aufeinander: Wer am internationalen Handel partizipieren möchte, ist auf den Besitz von US-Dollars angewiesen, welche sich wiederum am besten in den USA anlegen lassen – so stärkt die Leitwährungsfunktion des US-Dollars den amerikanischen Finanzplatz. Umgekehrt müssen etwa Finanzinvestoren, die Zugang zum amerikanischen Wertpapierhandel erlangen möchten, ihre Geschäfte eben-

falls in US-Dollars abwickeln, was wiederum die Währung stützt. Diesen Effekt hat Peter Gowan als „Dollar-Wall Street-Regime“ bezeichnet (Gowan 1999: 19ff.). War das Ende des Bretton Woods-Systems vielfach als „Ausdruck des ‚American Decline‘, also des Niedergangs der Weltmacht USA“ (Deppe 2006: 175) gesehen worden, so zeigt sich hier, dass es gelungen ist, die Hegemonie der USA auf neuer Grundlage zu reorganisieren.

Dieses Währungsregime beinhaltet Möglichkeiten politischer Machtausübung. Lehrstück für die weitreichenden Folgen von Entscheidungen der US-Zentralbank ist die Schuldenkrise von 1982, ausgelöst durch ihre Entscheidung, die Zinssätze sprunghaft anzuheben. Viele Länder hatten zu diesem Zeitpunkt bei US-Geschäftsbanken Kredite mit variablen Zinssätzen aufgenommen; der Anstieg der Zinsen erhöhte ihre finanzielle Belastung und führte bei einigen peripheren Staaten zur Erklärung der Zahlungsunfähigkeit. Die Schuldenkrise war ein wichtiger Wendepunkt im Verhältnis der kapitalistischen Zentren zu den Entwicklungsländern. Die von der Schuldenkrise betroffenen Länder wurden den strengen Konditionen der IWF-Strukturanpassungsprogrammen unterworfen, womit auch die Ambitionen zur Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung am Ende waren. Der entwicklungspolitische Diskurs verschob sich von einer Problematisierung des internationalen Wirtschaftssystems zur Ursachensuche in den betroffenen Ländern selbst (Dallaire 2001).

Die anderen Staaten der G8 sind der herausragenden Position der USA nicht im gleichen Maße unterworfen. Insbesondere die Europäische Währungsunion ist als regionale Antwort sowohl auf die Änderungen der Weltwährungsordnung wie auf die Machtposition der USA zu deuten. Die Einführung der gemeinsamen Währung dient dazu, Wechselkursschwankungen innerhalb des Euro-Raums auszuschalten und die damit verbundenen Risiken für grenzüberschreitenden Handel und Kapitalverkehr zu beseitigen. Die Währungsunion stellt auch eine Herausforderung der eindeutigen Vormachtstellung der USA dar. Die europäischen Staaten sind dem Dollar-Wall Street-Regime nicht einfach passiv untergeordnet; eher nehmen sie die Position eines „privilegierten Juniorpartners“ (Bieling 2003: 58) ein, der durchaus Möglichkeiten hat, das Regime nicht nur hinzunehmen, sondern auch mitzugestalten – nicht zuletzt innerhalb der G7-Strukturen der Financial Governance. Dazu dient vor allem die kontinuierliche Koordination der Politik von Finanzministerien und Zentralbanken sowie die Abstimmung gegenüber anderen multilateralen Institutionen, insbesondere dem IWF.

### ***Vernetzung der Staatsapparate über G7 und G8***

Die Rolle der jährlichen Gipfeltreffen besteht v. a. darin, wichtige Weichenstellungen in der Währungs- und Finanzpolitik, die auf unteren Ebenen der zwischenstaatlichen Konsultationen vorbereitet worden sind, aufzugreifen und öf-

fentlich zu beschließen.<sup>5</sup> Diese Arbeitsweise ist inzwischen in Gestalt eines kontinuierlich tätigen G7-Netzwerkes institutionalisiert. Die Finanzminister der G7 treffen sich in Begleitung der Zentralbankvorsitzenden viermal jährlich – einmal zu Jahresbeginn, jeweils zur Frühjahr- und Herbsttagung von IWF und Weltbank und einmal zur Vorbereitung des G8-Gipfels. Der überwiegende Teil dieser Treffen findet in Washington – dem Sitz der Bretton Woods-Institutionen – statt. Da wie bei den Treffen der Staats- und Regierungschefs die Festlegung der Tagesordnung, die sonstige Vorbereitung und der Entwurf der Abschlusserklärung dem Gastgeberland zukommt, bringt diese Ortswahl einen überproportionalen Einfluss der USA auf Themenwahl und Diskussionsverlauf mit sich (Baker 2006: 116). Obwohl Russland seit 1998 Mitglied der Gruppe ist, ist es in diese Struktur nicht integriert.<sup>6</sup>

Die Finanzminister und die Zentralbankchefs ernennen zu ihrer Unterstützung jeweils Delegierte, die sich sechs- bis zehnmal im Jahr treffen. Diese entstammen in der Regel der IWF-Bürokratie oder waren bei der Weltbank, der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) oder der OECD beschäftigt. Das sichert die ideologische Übereinstimmung in Grundsatzfragen, die Aufrechterhaltung des „lockeren Konsenses“ innerhalb der G7:

„[T]he crucial characteristics shared by all leading G7 deputies has been a preference for and a familiarity with the fundamental assumptions of neo-classical economics, irrespective of whether this was due to a process of career socialization through gradual exposure to the dominant currents of thought in institutions such as the IMF and the World Bank, and the neo-classical bias of finance ministries and central banks more generally, or through success in the economics profession with its growing neo-classical bias.“ (Baker 2006: 112)

Diese Runde wird ihrerseits unterstützt durch die *Deputy-Deputies*. Diese Unterebenen der Delegierten sind nicht selten zugleich die Vertreter des Finanzministeriums im dreiköpfigen Sherpa-Team zur Vorbereitung der Gipfeltreffen. Sie treffen sich ungefähr zehnmal im Jahr und arbeiten an detaillierten Fragestellungen als ihre Vorgesetzten.

Die regelmäßige Arbeit der Delegierten unterhalb der Ministerebene ist durch ein hohes Maß an Informalität und Geheimhaltung geprägt. „Often their

---

5 Bereits der erste Weltwirtschaftsgipfel 1975 folgte diesem Muster. Wesentliches Ergebnis des Gipfels war die Beilegung von Konflikten um die Neuordnung des Währungssystems. Der Übergang zu frei schwankenden Wechselkursen war zwar bereits 1973 faktisch vollzogen worden, entsprechende formale Vereinbarungen gab es dazu aber noch nicht. Insbesondere die französische Regierung war um eine Re-Regulierung der Wechselkurse bemüht, konnte sich damit aber gegenüber den USA nicht durchsetzen. Im Vorfeld des Gipfels wurde im Rahmen der G5 (der Library Group), in bilateralen Konsultationen, teilweise unter Hinzuziehung des IWF, ein Kompromiss erarbeitet, der Frankreich dazu brachte, dem Übergang zu frei schwankenden Kursen grundsätzlich zuzustimmen. Damit ebnete das Treffen in Rambouillet den Weg zur Formalisierung des „freien Floatens“, die im Januar 1976 vom IWF vollzogen wurde (Hellmann 1982: 37ff.; Bayne 2003: 125).

6 Diese Nichtteilhabe Russlands an den G7-Treffen wird inzwischen nicht nur von Russland selbst in Frage gestellt, auch der deutsche Finanzminister Steinbrück plädiert für eine Aufnahme des Landes (FAZ vom 10.02.07).

closest colleagues only have a broad sense of what they discuss“ (Baker 2006: 115). Obschon die Diskussionen von erheblicher politischer Bedeutung sein können, sind sie eher technokratisch-problemlösungsorientiert angelegt denn als politische Auseinandersetzung. Ihrem Selbstverständnis nach sind die Mitglieder der finanzpolitischen Strukturen der G7 keine Politiker, sondern Experten, die durch den freien Meinungs Austausch die objektiv besten Strategien entwickeln (ebd.: 111ff.).

Die über die G7 vernetzten Finanzministerien und Zentralbanken spielen eine zentrale Rolle im Prozess der Etablierung nationaler Wettbewerbsstaatlichkeit. Die Veränderung von Staatlichkeit ist nicht nur eine Verschiebung im Diskurs um die Aufgaben und Grenzen von Staatshandeln, sie erhält im Umbau von Staatsapparaten materielle Gestalt. Es sind im wesentlichen die Finanzministerien, die die Sparzwänge für die öffentlichen Haushalte exekutieren und damit die Handlungsfähigkeit in anderen Ressorts maßgeblich bestimmen. Die G7 spielt in diesen innenpolitischen Auseinandersetzungen eine Rolle als legitimierende Instanz. Die Berufung auf einen von den Experten der bedeutendsten Industrieländer gemeinsam etablierten Diskurs der „richtigen“ Praxis erleichtert die Begründung strenger fiskalischer Disziplin als alternativlose Notwendigkeit. Diese neoliberale Sparpolitik stellt eine Privilegierung der Interessen des Kapitals in den Staatsapparaten dar: Die zentrale Begründung für die Beschränkung der Staatsausgaben ist die Abwehr inflationärer Entwicklungen – die Kürzung öffentlicher Ausgaben trifft in erster Linie jene, die mangels privaten Reichtums auf öffentliche Güter angewiesen sind.

Mit der Währungsunion wurde diese Politik über die Maastricht-Kriterien bzw. im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt verbindlich festgeschrieben. Die G7 hat auch diesen Prozess diskursiv flankiert. Die Betonung der Notwendigkeit von „Strukturreformen“ zur Lösung wirtschaftlicher Probleme (insbesondere auf den Arbeitsmärkten) trug dazu bei, die Kritik an der Strategie makroökonomischer Disziplin zu schwächen:

„European finance ministries and central banks have occasionally been happy to endorse the message of structural reform coming from the Anglo-Saxon countries, especially when it has deflected attention away from the role macroeconomic policy can play in restoring growth and generating jobs. Vague endorsements of the need for future structural reform of continental European economies have therefore protected hard-won gains the finance ministries and central banks have made in the context of the EMU process.“ (Baker 2006: 147)

Institutionelle Ausprägung der monetaristischen Orientierung auf Geldwertstabilität ist die „Unabhängigkeit“ der Zentralbanken. Bis Anfang der 1990er waren lediglich die amerikanische Fed und die deutsche Bundesbank vor politischen Interventionen geschützt – bis zur Jahrtausendwende hatte unter den G7-Ländern nur der kanadische Staat nicht darauf verzichtet, über die Institutionen der parlamentarischen Demokratie Einfluss auf das Handeln der Zentralbank nehmen zu können (Baker 2006: 76). Für die kontinentaleuropäischen

G7-Mitglieder waren es vor allem die Europäische Währungsunion und die Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) nach dem Vorbild der Bundesbank, über die diese Beschneidung wirtschaftspolitischer Kompetenzen durchgesetzt wurde. Die „unabhängigen“ Zentralbanken werden zuallererst auf das Ziel der Inflationsbekämpfung festgelegt. Dass ihre Entscheidungen der politischen Diskussion entzogen sind, forciert eine rein technische Herangehensweise an wirtschaftliche Probleme, die sich nicht an weiteren gesellschaftlichen Anforderungen messen lassen muss. Die absolute Priorität der Geldwertstabilität ist zuvorderst im Interesse von Vermögensbesitzern und Anlegern auf den Finanzmärkten; von Lohn oder sozialen Transferleistungen Abhängige haben demgegenüber Einbußen hinzunehmen (Wahl 2006: 36).

Die Tatsache, dass Finanzministerien und Zentralbanken der G7 sich seit dem Siegeszug des Neoliberalismus als Vertreterinnen der Interessen von Anlegern und Vermögensbesitzern in den Staatsapparaten erwiesen haben, und dass sie enge personelle Verbindungen zur neoklassischen Wirtschaftswissenschaft und zur „Praxis“ – zu privaten Banken und institutionellen Anlegern – pflegen, lässt Baker von einer „Finanzsektor-Finanzministeriums-Zentralbank-Achse“ (Baker 2006: 129) sprechen, die national und international die Finanzialisierung der Ökonomie vorantreibt, und damit wiederum selbst an Macht gewinnt.<sup>7</sup>

### *G7 und IWF*

Der IWF, eigentlich geschaffen als Institution zur Stabilisierung des Systems fester Wechselkurse, hat mit dem Übergang zu freien Währungs- und Finanzmärkten einen Funktionswandel durchgemacht. Seit der Schuldenkrise 1982 vergab der IWF an betroffene Ländern fast ausschließlich Kredite, bei denen die Unterstützung an strenge Konditionen der Strukturanpassung gebunden war, die der Implementierung neoliberal-monetaristischer Wirtschaftspolitik in Ländern des Südens dienten.<sup>8</sup>

Reinhard Rode (2002: 111) bezeichnet den IWF als „Agentur der G7“. Das ist in doppelter Hinsicht berechtigt: Erstens teilt dieser die Grundausrichtung auf offene Märkte und das monetaristische Primat der Inflationsbekämpfung, tritt aber (anders als die G7) auch unmittelbar als Exekutivorgan dieser Prinzipien in Erscheinung, übersetzt also den neoliberalen Diskurs der G7 in konkrete Praxis. Zweitens wird der IWF als Institution schon rein formal von der G7

7 „Most of the officials involved in G7 preparations that were interviewed for this study considered their constituency to be financial interests on Wall Street in the case of the US, or the City of London in the case of the UK. The interests of Wall Street or the City accordingly translated into officials' conception of ‚national interest‘.“ (Baker 2006: 130).

8 Bereits der Begriff der Strukturanpassung ist ein Hinweis auf die Logik hinter diesen IWF-Programmen: Wenn eine Volkswirtschaft innerhalb einer liberalen Weltwirtschaftsordnung in die Krise gerät, so liegt das daran, dass sie nicht hinreichend an das globale Umfeld angepasst ist; die Strukturen des jeweiligen Landes müssen mit globalem Währungsmarkt und freiem Kapitalverkehr kompatibel gemacht werden.

dominiert. Die Stimmverhältnisse richten sich nach einem Quotensystem in Abhängigkeit vom finanziellen Gewicht der Mitgliedsstaaten. Für wichtige Beschlüsse ist eine Mehrheit von 85% erforderlich – allein die USA verfügen über etwa 17% der Stimmanteile und haben damit praktisch ein Vetorecht. Die G7-Staaten zusammen halten gut 45% der Stimmen. Mit den Finanzministertreffen unmittelbar vor den IWF-Jahrestagungen üben die G7 zudem gewaltigen Einfluss auf die Agenda des Währungsfonds aus. Diskussionen um richtungsweisende Entscheidungen werden üblicherweise nicht im IWF geführt, sondern von Außen herangetragen; hier liegt die Initiative regelmäßig bei der G7 (Baker 2006: 136ff.).

### ***Die Politische Interventionsfähigkeit der G7 im System der frei schwankenden Wechselkurse***

In der gegenwärtigen Weltwährungsordnung sollen die Wechselkurse primär durch das Wirken von Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Faktisch haben die dominierenden Wirtschaftsmächte aber erhebliche Einflussmöglichkeiten auf die Kursentwicklung. Die G7 hat häufiger die Funktion gehabt, die Währungsinterventionen der einzelnen Staaten zu koordinieren und so gezielt Auf- und Abwertungen von Währungen durchzusetzen. Ein derartiges Vorgehen hat seit Mitte der 1990er allerdings an Bedeutung verloren.

Die erste koordinierte Währungsintervention war das „Plaza-Abkommen“ der G5 im Jahr 1985, bei dem vereinbart wurde, durch abgestimmte Aktionen der Zentralbanken den Dollarkurs nach unten zu drücken. Seit der massiven Zinserhöhung in den USA, die die Schuldenkrise ausgelöst hatte, war der Kurs des US-Dollar durch den Kapitalzufluss über die Finanzmärkte kontinuierlich gestiegen. Dies führte zur Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des produzierenden Gewerbes in den USA, das in eine massive Krise stürzte.<sup>9</sup> Im Plaza-Abkommen wird das unterschiedliche Gewicht der beteiligten Länder noch einmal deutlich. Die exportorientierten Volkswirtschaften Japan und Deutschland hatten vom starken Dollar profitiert; jetzt standen sie vor der Wahl, entweder Beschränkungen in ihrem Zugang zum US-Markt hinzunehmen oder sich an der koordinierten Absenkung des Dollarkurses zu beteiligen.

Das 1987 von den G7-Finanzministern vereinbarte „Louvre-Abkommen“ beendete wiederum das Sinken des Dollarkurses. Bis zum Ende des Jahrzehnts

---

9 Die durch die Hochzinspolitik ausgelöste Krise des verarbeitenden Gewerbes in den USA war seitens der Regierung zuvor durch einige Zugeständnisse teilweise kompensiert worden (Steuervergünstigungen, hohe Rüstungsausgaben, „Bürokratieabbau“ insbesondere bzgl. Umweltschutz und vereinzelte Importbeschränkungen). „Die entscheidende Entlastung kam jedoch für die fordistischen Unternehmen durch ihre Beschäftigten. Die Konzernleitungen nutzten den scharfen Kriseneinbruch 1982/83 zur Durchsetzung von Lohnstopps und zur Beseitigung gewerkschaftlicher Schutzrechte“ (Scherrer 1999: 227).

intervenierete die G7 mehrfach auf den Devisenmärkten, um die Wechselkurse stabil zu halten (Baker 2006: 33f.). In den 1990ern nahm der Stellenwert derartiger Maßnahmen ab. Die G7 verlegten sich auf einen Politikstil, den Andrew Baker als „declaratory policy“ bezeichnet – die Veröffentlichung von Analysen und Stellungnahmen zur weltwirtschaftlichen Entwicklung, um kraft überzeugender Expertise Marktentwicklungen zu beeinflussen (ebd.: 154ff.). Dieses Instrument ist sichtlich schwächer als koordinierte Eingriffe der Zentralbanken, hat aber aus mehreren Gründen an Bedeutung gewonnen: Die institutionellen Veränderungen in den Staatsapparaten hin zur Unabhängigkeit der Zentralbanken erschwerten es zunehmend, konkrete Absprachen zu treffen. Die Verfestigung der neoliberalen Hegemonie ließ steuernde Eingriffe in die internationalen Währungsmärkte aus ideologischen Gründen weniger opportun erscheinen, und nicht zuletzt hatten private Akteure weiter an Gewicht gewonnen. Diese gewachsene Bedeutung privater Akteure – Hedge-Fonds und anderer institutioneller Anleger – und die damit schwindenden Steuerungsmöglichkeiten seitens der G7 ist zuletzt beim G7-Finanzministertreffen in Essen im Februar 2007 deutlich geworden. Im Vorfeld des Treffens fand eine aufgeregte Debatte über die Schwäche des Yen und die Bedeutung so genannter Carry Trades für das internationale Währungssystem statt. Bei den Carry Trades nutzen große Anleger die niedrigen Zinsen in einem Land (in diesem Fall Japan, das seit Jahren eine radikale Niedrigzinspolitik verfolgt), um Kredite aufzunehmen, diese wiederum in höher verzinsten Währungen umzutauschen und damit spekulative Anlagen zu tätigen. Dadurch wurde der Kurs des Yen beständig nach unten gedrückt. (FAZ vom 8.2.07) Eine Einigung innerhalb der G7 kam in dieser Frage allerdings nicht zu Stande. Die Euro-Länder der G7 strebten eine Yen-Aufwertung an, während die japanische Regierung keine entsprechenden Absichten erkennen ließ. US-Finanzminister Paulson unterstützte das Ansinnen der Europäer nicht und betonte, der Wert des Yen werde „im Wettbewerb gebildet“, daher sehe er keinen Anlass für eine Intervention (FAZ vom 10.2.07 und 12.2.07). Als die Zinsen in Japan kurze Zeit später doch angehoben wurden (von 0,25 auf 0,5%), fiel der Yen trotzdem auf ein Rekordtief, was auf anhaltende Währungsspekulationen zurückgeführt wurde (FAZ vom 22.2.07). Auch bezüglich der bereits seit einigen Jahren geführten Diskussion zur Regulierung der Tätigkeiten von Hedge-Fonds wurden keine nennenswerten Ergebnisse erzielt. Die Abschlusserklärung des Treffens in Essen hebt die Rolle hochspekulativer Anlagen für die „Effizienz des globalen Finanzsystems“ hervor. Hedge-Fonds sollen weiter beobachtet werden, und das Financial Stability Forum (FSF)<sup>10</sup> wird aufgefordert, einen Bericht aus dem Jahr 2000 zu erneuern (G7-Finanzminister 2007).

---

10 Mit der Etablierung des FSF reagierte die G7/G8 auf die schweren Finanzkrisen Ende der 1990er Jahre. Im FSF sitzen Vertreter der Finanzministerien, Zentralbanken und Finanzmarkt-

### 3. Reaktionen auf die Kritik aus der „Zivilgesellschaft“: Das Beispiel Schuldenerlass

Dass die Staats- und Regierungschefs der G8 samt ihrer riesigen Delegationen sich für ihr Treffen im winzigen Heiligendamm einzäunen, statt etwa in Berlin oder Frankfurt zu tagen, dass sie eines gigantischen Polizeiaufgebotes bedürfen, um überhaupt tagen zu können, dass die G8 nicht mehr an die Öffentlichkeit treten kann, ohne dass zugleich ihre Legitimität in Frage gestellt wird, ist ein symbolischer Erfolg der Bewegung für eine andere Globalisierung. Proteste gegen die Gipfeltreffen gibt es schon seit Mitte der 1980er Jahre. Mit dem Gipfel in Genua 2001 hat ein neuer Zyklus der Mobilisierung gegen die G8 eingesetzt. Die „globalisierungskritische Bewegung“, die diese Mobilisierungen trägt, ist zum einen dadurch gekennzeichnet, dass sie in ihren Organisationsformen und ihrer Kommunikation von Grund auf internationalistisch ist; zum anderen „hat noch keine Bewegung so entschieden die eigene heterogene Zusammensetzung bejaht – wenn überhaupt, wurde Pluralität bisher als etwas hingenommen, das auf dem Weg der ‚Vereinheitlichung‘ letztendlich überwunden werden sollte“ (Seibert 2003: 59f.). Die G8-Gipfel dienen dabei als Kristallisationspunkt von Protest und Widerstand von unterschiedlichen Standpunkten aus; sie sind zu Orten gemacht worden, an denen Formen der politischen Zusammenarbeit innerhalb der heterogenen Bewegung konkret erprobt werden können (BUKO 2006).

Bisher deutlichstes Beispiel dafür, wie seitens der G8 versucht wird die Proteste zu befrieden und die Kritiker einzubinden, war der „Schuldenerlass“, der beim Gipfel in Gleneagles 2005 aufwendig inszeniert wurde. Kern dieses Beschlusses ist die HIPC-Initiative, die bereits beim G7-Gipfel in Halifax 1995 angestoßen wurde und vor allem von IWF und Weltbank umgesetzt wird. HIPC steht für *Heavily Indebted Poor Countries*, hoch verschuldete arme Länder also. Unter diese Kategorie fallen Länder, die von der Weltbank Kredite nach den engen Kriterien der International Development Association (IDA, eine Unterorganisation der Weltbank) erhalten. Die 41 für die HIPC-Initiative ausgewählten Staaten liegen ganz überwiegend in Afrika.

Die Initiative verknüpft die Aussicht auf Schuldenerlass mit Anforderungen an Strukturanpassungen in den einbezogenen Ländern. Unter IWF-Aufsicht müssen Liberalisierungen, Privatisierungen und Haushaltsdisziplin praktiziert wer-

---

regulierungsbehörden der G7-Länder, Vertreter von IWF, Weltbank, Basel-Komitee, IOSCO, OECD und anderen Institutionen der Financial Governance. Später wurden die Niederlande, Australien, Hong Kong und Singapur hinzugezogen. Treffen finden zweimal jährlich statt. Der Rahmen, innerhalb dessen hier diskutiert wird, ist relativ eng gesteckt. Das FSF ist eine Einrichtung der Expertokratie des bestehenden Finanzsystems; entsprechend technisch und vordergründig unpolitisch ist seine Arbeitsweise (vgl. Baker 2006: 221). Bisher hat dieses Gremium vor allem die Rolle gespielt, Regulierungen der Tätigkeiten von Hedge-Fonds für unnötig oder unpraktikabel zu erklären.

den – wenn dies nach einer ersten Phase von drei Jahren zur Zufriedenheit des IWF vollzogen wurde, wird das betreffende Land zur nächsten Phase zugelassen, an deren Ende ein Schuldenerlass bei den multilateralen Institutionen IWF, Weltbank und afrikanischer Entwicklungsbank stehen kann. Angesichts drohender Erfolglosigkeit und wachsender Kritik wurde die Initiative im Rahmen des G8-Gipfels von Köln erneut überarbeitet. Der Schuldenerlass sollte „faster, broader and deeper“ (G7-Finanzminister 1999) werden. Die bestehenden IWF-Konditionalitäten wurden bestätigt, allerdings ergänzt um die Verpflichtung, durch einen Schuldenerlass frei werdende Mittel in Armutsbekämpfung und andere Sozialprogramme umzulenken.<sup>11</sup>

Was beim Gipfel von Gleneagles als „hundertprozentiger Schuldenerlass“ präsentiert wurde, war die Feststellung, dass 18 Länder den HIPC-Prozess zur Zufriedenheit des IWF bzw. der G7 durchlaufen haben. 20 weitere stehen auf der Warteliste. Im besten Fall werden also 38 Ländern ihre Schulden bei IWF, Weltbank und Afrikanischer Entwicklungsbank erlassen.

„Die Laufzeit der Kredite, die erlassen werden, erstreckten sich bei der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank auf bis zu 50 Jahre. Beim IWF geht es um Kredite mit 10 Jahren Restlaufzeit [...] Der vermeintlich ‚historische Schuldenerlass‘ von bis zu 56 Mrd. US-\$ würde die betroffenen Länder jährlich um etwas über 1 Mrd. US-\$ an Zinsen und Tilgungen entlasten“ (Hesel/Setton 2005).

Für die davon – wenn auch bescheiden – begünstigten Länder ist dies sicherlich begrüßenswert. Im globalen Nord-Süd-Verhältnis ist es kaum der Rede wert: Angesichts eines jährlichen Schuldendienstes von 300 Mrd. US-Dollar des Südens an den Norden macht die jährliche Entlastung gerade drei Promille aus. „Historisch“ war der Gipfel in Gleneagles in Sachen Schuldenerlass jedenfalls nicht. Im Wesentlichen wurde eine sehr viel ältere Initiative erneut bekräftigt; diese stellt keinen radikalen Bruch mit der bisherigen Gestaltung des Nord-Süd-Verhältnisses dar. Vor der Chance auf einen Schuldenerlass steht die Unterwerfung unter die Prinzipien der kapitalistischen Globalisierung.

Trotz ihrer zweifelhaften Reichweite und Ausrichtung stieß die Initiative auf breite gesellschaftliche Unterstützung. Diese manifestierte sich rund um den Gipfel in Schottland in der „Live 8“-Kampagne von Sir Bob Geldorf und Bono. Wichtigstes Element waren riesige Konzerte, die in verschiedenen Großstädten weltweit stattfanden. Die Kampagne war berechtigterweise heftiger Kritik ausgesetzt: „Afrika“ wurde nur der undifferenzierte Status des passiven Objekts zugebilligt, das der Hilfe durch edelmütige (weiße) Staatsmänner harrt, die, getrieben durch ihr in Bono und Geldorf personalisiertes Gewissen, selbstlose Entscheidungen treffen. Damit nährten sie die Fiktion, die G8 hätte ers-

---

11 Damit wurde auf Kritik von zwei Seiten reagiert: Befürworter eines Schuldenerlasses argumentierten häufig, dass die Verschuldung von Entwicklungsländern insbesondere den Ärmsten schade, während Gegner geltend machten, dass die erlassenen Schulden lediglich zu sozial unproduktiven Zwecken (z.B. Waffenkäufen) verwendet würden (Bayne 2000: 183).

tens das Recht und zweitens die Fähigkeit, über das „Schicksal Afrikas“ zu verfügen. Das die HIPC-Initiative auch dazu diene, Strukturen zu verfestigen, die weltweite und binnengesellschaftliche Ungleichheiten überhaupt erst hervorbringen, ist den Initiatoren der Live 8-Kampagne entgangen.

#### 4. Schluss

Nachdem die G7 und spätere G8 in den frühen 1980er Jahren zu ihrer zentralen Rolle im Projekt neoliberaler Globalisierung gefunden hatte, ist sie inzwischen angesichts der Krisenhaftigkeit des von ihr vertretenen Modells der internationalen politischen Ökonomie, angesichts von internen Widersprüchen und herausgefordert durch die andauernden globalisierungskritischen Mobilisierungen in eine relative Defensivposition geraten.<sup>12</sup> Wie am Verlauf der Diskussion um die Yen-Schwäche gezeigt wurde, ist die G7 nicht in der Lage, die Entwicklungen im globalen Währungssystem zu steuern. Sowohl die internen Differenzen, vor allem aber die Macht des privaten Finanzkapitals machen koordinierte Aktionen nach dem Vorbild der 1980er Jahre sehr viel schwerer – die von der G7 betriebene Politik der Deregulierung beschert ihr zusehends schwindenden Einfluss.

Die Reaktionen der Gruppe auf zivilgesellschaftliche Kritik und Mobilisierungen sozialer Bewegungen bleiben oberflächlich. Zwar ist es zu einem wichtigen Bestandteil der Selbstinszenierung der G8 geworden, dass die Gipfeltreffen ein Forum bieten, die drängenden „Menschheitsprobleme“ anzugehen; dafür stehen etwa der oben dargestellte „Schuldenerlass“ oder die zunehmenden Konsultationen mit Ländern des Südens. Auch wenn die G8 sich als Anwältin eines globalen Gemeinwohls empfiehlt, wird dieses letztlich mit der Prosperität des Kapitals aus den eigenen Ländern identifiziert. Die Prinzipien neoliberaler Globalisierung werden zwar weniger lautstark verfochten als noch Mitte der 1990er, substantielle Kursänderungen sind bei der G8 allerdings nicht festzustellen.

#### Literatur

- Baker, Andrew (2006): *The Group of Seven. Finance Ministries, Central Banks and Global Financial Governance*. New York.
- Bayne, Nicholas (2000): *Hanging in There. The G7 and G8 Summit in Maturity and Renewal*. Aldershot.
- Bayne, Nicholas (2003): Creating the Economic Summits. In: *Bayne/Woolcock* (Hg.), S.121-137.
- Bayne, Nicholas; Woolcock, Stephen (Hg.) (2003): *The New Economic Diplomacy. Decision-Making and Negotiation in International Economic Relations*. Aldershot.
- Beckmann, Martin (2007): *Das Finanzkapital in der Transformation der europäischen Ökonomie*. Münster.
- Beckmann, Martin; Bieling, Hans-Jürgen; Deppe, Frank (Hg.) (2003): *„Eurokapitalismus“ und globale politische Ökonomie*. Hamburg.
- Bieling, Hans-Jürgen (2003): Die neue europäische Ökonomie: Transnationale Machtstrukturen

---

12 Zur Krise der G8 und des neoliberalen Globalisierungsprojektes siehe auch die Texte von BUKO-ASWW, Wahl und Ziai in Redaktionsgruppe (2007).

- und Regulationsformen. In: Beckmann/Bieling/Deppe (Hg.), S. 41- 67.
- Brenner, Robert (2002): *Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft*. Hamburg.
- Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) (Hg.) (2003): *Radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke*. Berlin/Hamburg/Göttingen.
- Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) (2006): Auf zum G8-Gipfel in Heiligendamm. Erklärung der Bundeskoordination Internationalismus vom 28. Mai 2006. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/2006, S. 1017-1020.
- Dallaire, Sébastien (2001): Continuity and Change in the Global Monetary Order. In: Kirton/von Fuerstenberg, (Hg.), S. 95-112.
- De Menil, George; Solomon, Anthony M. (1983): *Weltwirtschaftsgipfel*. Bonn.
- Deppe, Frank (2006): *Politisches Denken im Kalten Krieg. Teil 1: Die Konfrontation der Systeme*. Hamburg.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) v. 08.02.07: Devisenhändler halten Yen-Interventionen für möglich.
- FAZ v. 10.02.07: Steinbrück: Die G7 auf dem Weg zur Aufnahme Chinas.
  - FAZ v. 10.02.07: „Regierungen sollten gute und schlechte Risiken nicht vorschreiben“
  - FAZ v. 12.02.07: Siebenergruppe nimmt Hedge-Fonds ins Visier.
  - FAZ v. 22.02.07: Yen fällt trotz Leitzinserhöhung auf Rekordtief.
- G7 (1995): *Wirtschaftsgipfel Halifax. Communiqué des Gipfeltreffens*. <http://www.g8.utoronto.ca/deutsch/1995halifax/kommunique.html> (Zugriff 09.08.2006).
- G7-Finanzminister (1999): *Report of the G7 Finance Ministers on the Köln Debt Initiative to the Köln Economic Summit*. <http://www.g8.utoronto.ca/finance/fm061899.htm> (Zugriff 13.08.2006).
- G7-Finanzminister (2007): *Statement by G7 Finance Ministers*. Essen, 10.02.07. <http://www.g8.utoronto.ca/finance/fm070210.htm> (Zugriff 23.04.07).
- Gill, Stephen (1990): *American Hegemony and the Trilateral Commission*. Cambridge.
- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble*. London.
- Hajnal, Peter I. (1999): *The G7/G8 System. Evolution, Role and Documentation*. Aldershot.
- Helleiner, Eric (1994): *States and the Reemergence of Global Finance. From Bretton Woods to the 1990s*. Ithaca/London.
- Hellmann, Rainer (1982): *Weltwirtschaftsgipfel wozu?* Baden-Baden.
- Hersel, Philipp; Setton, Daniela (2005): *Von ‚historischen Schuldenerlassen‘ und historischen Schulden*. <http://www.blue21.de/PDF/Schuldenerlass2005.pdf> (Zugriff 14.08.06).
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie*. Hamburg.
- Huffschmid, Jörg (2002): *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*. 2. Aufl. Hamburg.
- Kirton, John J./von Fuerstenberg, George M. (Hg.) (2001): *New Directions in Global Economic Governance. Managing Globalisation in the twenty-first century*. Aldershot.
- Naini, Ahmad (1977): Alte und neue Zielvorstellungen und Forderungen der Dritten Welt. In: Keschull, Dietrich; Michalski, Wolfgang; Scharer, Hans-Eckart (Hg.): *Die neue Weltwirtschaftsordnung*. Hamburg, S. 41-58.
- Putnam, Robert D.; Bayne, Nicholas (1985): *Weltwirtschaftsgipfel im Wandel*. Bonn.
- Redaktionsgruppe (2007): *G8 – Die Deutung der Welt. Kritik, Protest, Widerstand*. Gemeinschaftsausgabe der Zeitschriften Analyse & Kritik, Arrançal, Fantômas, So oder so Magazin. Berlin / Frankfurt /Hamburg.
- Rode, Reinhard (2002): *Weltregieren durch internationale Wirtschaftsorganisationen*. Münster.
- Ruggie, John G. (1982): International regimes, transactions, and change: embedded liberalism in the postwar economic order, in: Krasner, Stephen (1982): *International regimes*. Ithaca/London, S. 195-233.
- Scherrer, Christoph (1999): *Globalisierung wider Willen? Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA*. Berlin.
- Schoppengerd, Stefan (2007): *Die G7/G8-Gipfel in der internationalen politischen Ökonomie*. Studie Nr. 24 der Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI). Marburg.
- Seibert, Thomas (2003): The people of Genova. Plädoyer für eine post-avantgardistische Linke. In: *BUKO* (Hg.), S. 57-69.
- Wahl, Peter (2006): *G8 – PR-Show oder Weltregierung? Weltwirtschaftsgipfel und Globalisierung*. AttacBasisTexte 21, Hamburg.